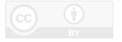


Deutschland kommen könnten. „2015 darf sich nicht wiederholen.“ – Ist das alles, was Euch dazu einfällt, liebe CDU? Warum so lange gezögert wurde, Menschenrechte zu verteidigen? Offenbar zusätzlich bürokratische Hürden. Die Kommission wird hoffentlich noch untersucht werden. Werfen auch erneut die grundsätzlichen Prinzipien auf. Frieden, Demokratie und Menschenrechte lassen sich nicht militärisch erzwingen. Wenn man darauf abzielt, dass „... unsere Sicherheit auch am Hindukusch verteidigt wird“ – so im Dezember 2002 der damalige Verteidigungsminister Peter

erschienen in der FIF-Kommunikation,
herausgegeben von FIF e.V. - ISSN 0938-3476
www.fif.de

Struck –, dann muss man mindestens wissen, was man eigentlich damit erreichen will und kann, was man genau verteidigen und sicherlich auch das FIF und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen.
Menschen und Lesern eine interessante und anregende Lektüre – und viele neue Erkenntnisse und Einsichten.

Stefan Hügel
für die Redaktion



Der Brief

Keine Experimente!

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Mitglieder des FIF,

„Keine Experimente!“ Das war 1957 der Wahlkampfslogan, mit dem Konrad Adenauer mit seiner CDU/CSU das höchste Ergebnis in deren Geschichte erzielte. Damals war mit „Experimenten“ gesellschaftlicher Fortschritt gemeint, der heute längst selbstverständlich ist. Die damaligen Vorstellungen unserer Gesellschaft werden heute nur noch von Ultra-Konservativen und Rechtspopulisten geteilt – immer noch genügend, um CDU/CSU und AfD hohe Wahlergebnisse zu verschaffen.

Die Experimente, die heute mit unserer Gesellschaft angestellt werden, sind längst andere. Immer noch haben wir es mit den Folgen der Corona-Pandemie zu tun. Zeitweilig rückläufige Inzidenzwerte wiegten uns in trügerischer Sicherheit; inzwischen steigen die Werte wieder deutlich an. Offenbar ist es immer noch nicht begriffen worden, was exponentielle Prozesse bedeuten, wie schnell ein vermeintlich langsames Wachstum in schnelles Wachstum umschlagen kann und wie es sich dann immer stärker beschleunigt.¹

Die vierte Welle, die durch die Delta-Variante des Corona-Virus verursacht wird, ist in einigen Ländern bereits voll ausgebrochen – beispielsweise in Großbritannien, wo auch eine Reihe von Spielen der Männer-Fußball-Europameisterschaft stattfand. Hier wurde bewusst in Kauf genommen, dass Fußballfans, die durch ganz Europa zum Spiel ihrer Mannschaft reisen, die Virusvariante in ganz Europa verbreiten – eine unfassbare Verantwortungslosigkeit.²

Der Wunsch vieler Menschen, nach der langen Zeit des Lockdown wieder zu verreisen und auch wieder richtig Urlaub machen zu können, ist verständlich. Damit Menschenleben zu gefährden, ist aber nicht akzeptabel.

Die Corona-Pandemie ist dennoch eine Krise, die wir voraussichtlich in absehbarer Zeit überwinden werden. Dabei spielt die Impfung der Bevölkerung eine entscheidende Rolle. Wir können auch künftige Pandemien nicht ausschließen, aber wir können dank des wissenschaftlichen Fortschritts darauf hoffen, ein Mittel dagegen zu finden.

Anders bei der *Klimakrise*, dem zweiten Experiment mit der Weltgesellschaft. Eine Krise ist irgendwann zu Ende. Beim Klimawandel

handelt es sich aber um eine langfristige Entwicklung, die wir nur verlangsamen, im günstigsten Fall stoppen, aber nur langfristig wieder rückgängig machen können. Gerade beobachten wir die Hitze und die verheerenden Waldbrände im Westen von Kanada. Die Überflutungen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen sind uns in frischer, beklemmender Erinnerung. Wir müssen uns wohl darauf einstellen, dass solche extremen Wetterereignisse und die damit verbundenen Opfer künftig zur traurigen Gewohnheit werden. Der kürzlich erschienene erste Teil des neuen Weltklimaberichts³ stellt eine düstere Prognose – und sollte doch keine Überraschung sein.

Damit kommen wir zur Bundestagswahl. Robert Habeck, der Co-Vorsitzende der Grünen, hat darauf hingewiesen, dass Klimaschutz langfristiger Freiheitsschutz ist.⁴ Wenn wir heute moderate Einschränkungen akzeptieren, tun wir dies, um unumgängliche und weit drastischere Freiheitseinschränkungen in der Zukunft zu vermeiden. Alle einschlägigen Statistiken der Klimaentwicklung zeigen deutlich: Je länger wir warten, desto weniger Zeit bleibt uns und desto drastischer müssen die Maßnahmen sein.

Nun ist es nichts Ungewöhnliches, dass gerade Politiker:innen, die tatsächlich oder vermeintlich einen Politikwechsel anstreben, in besonderer Weise angegriffen werden. Gerade habe ich Konrad Adenauer erwähnt: Die Angriffe auf Willy Brandt, in denen im Wahlkampf dessen uneheliche Geburt thematisiert wurde (ja, damals war das noch ein Thema), sind ein besonders schäbiges Beispiel.

Es kann also nicht überraschen, dass alle diejenigen, die das *Weiter so* auch beispielsweise beim Klimawandel zur Maxime ihrer Politik machen, eine grüne Bundeskanzlerin unter allen Umständen verhindern wollen. Da kommen aufgehübschte Lebensläufe⁵, nicht rechtzeitig gemeldete Einkünfte⁶ oder angebliche „Plagiate“⁷ in einem der üblicherweise ohnehin eher belanglosen Bücher, die Politiker:innen halt schreiben, wenn sie ein Amt anstreben, gerade recht. Andere Parteien sind über derartige Vorwürfe selbstverständlich erhaben.⁸ Die Grünen reagieren dünnhäutig. Doch sie machen es sich zu einfach, wenn sie in erster Linie Sexismus hinter solchen Angriffen wittern. Ohne



hin dürfte der Druck im Wahlkampf nur ein lauer Vorgeschmack für den Druck sein, dem die Amtsinhaberin später ausgesetzt sein wird, wenn sie Entscheidungen treffen muss, von denen das Wohlergehen und manchmal auch das Leben vieler Menschen abhängen.

Wenn die üppig mit Geld der Wirtschaftslobby ausgestattete *Initiative neue soziale Marktwirtschaft* (INSM) Annalena Baerbock als „Moses“ mit den „Zehn Verboten“ darstellt, bedient das antisemitische Stereotype.⁹ Nun ist der Vorwurf des Antisemitismus heute maximal diskreditierend – zu Recht. Da wollte sich CDU-Generalsekretär Ziemiak nicht lumpen lassen und trötete nach einem aus seiner Sicht antisemitischen Zitat von Carolin Emcke – die über diesen Verdacht nun wirklich erhaben ist – auf Twitter sofort los.¹⁰ Nachdem er dann anscheinend mit Frau Emcke geredet hatte, ruderte er zurück.¹¹ Vielleicht hat es seine Einsicht auch befördert, dass gerade in der aktuellen Ausgabe des Regierungsblättchens *Schwarzrotgold* Frau Emcke ebenfalls prominent zu Wort kommt.¹² Ob solches Geschrei auf Twitter wirklich etwas bewirkt oder es doch eher ein Sturm im Wasserglas ist, sei dahingestellt. Nachdem es bei manchen Zeitungen inzwischen offenbar als Journalismus gilt, Twitter-Feeds abzuschreiben, erzielen solche Kleinodien der politischen Kommunikation durchaus ihre Wirkung.

Die aktuelle Form der politischen Debatte ist wohl kaum angemessen angesichts der wichtigen Weichenstellungen, die uns bevorstehen: Von der Bekämpfung des Klimawandels und den dafür angemessenen politischen, wirtschaftlichen und technischen Maßnahmen hängt nicht nur unser Fortbestand und der Fortbestand der Tier- und Pflanzenwelt ab. Auch wirtschaftlich werden wir künftig nur erfolgreich bleiben, wenn wir uns an den Erfordernissen des Klimas orientieren. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, dass wir regelmäßig „Wirtschaftskompetenz“ mit einer Politik verwechseln, die die Bedürfnisse von Wirtschaftsunternehmen in den Vordergrund rückt. Die andauernde Covid-19-Krise bleibt eine große Herausforderung. Und wir dürfen die Übernahme außenpolitischer Verantwortung nicht länger mit militärischen Abenteuern verwechseln. Das 20-jährige Desaster in Afghanistan hat uns das gerade deutlich vor Augen geführt. Trotzdem werden Militäreinsätze als Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik kaum mehr grundsätzlich hinterfragt. Und hier sind wir bei politischen Inhalten, die wir vor der Bundestagswahl vielleicht mal diskutieren sollten: Keine der Parteien, die sich um das Bundeskanzleramt bewerben, hat sich eindeutig gegen Killerdrohnen positioniert – bestenfalls gibt es wachweiche Vorbehalte. Das geänderte Urheberrecht¹³, mit den in Artikel 17 (vormals Artikel 13) geregelten Upload-Filtern, gegen das 2019 viele, vor allem junge Menschen auf die Straße gegangen waren, wurde im Bundestag ohne viel Aufhebens durchgewunken. Leider konnten sich auch die Grünen nur zu einer Enthaltung durchringen – vielleicht wollten sie sich ja keine Koalitionsoptionen verbauen.

Auch an der Überwachungsfront gibt es Neuigkeiten: Die Überwachungssoftware *Pegasus* wurde auf Smartphones von Journalist:innen, Menschenrechtler:innen, deren Familienangehörigen und Geschäftsleuten gefunden¹⁴. Eine Liste potenzieller Ziele enthält offenbar mehr als 50.000 Telefonnummern, darunter ein Dutzend Staats- und Regierungschef:innen und mehr als 180 Journalistinnen und Journalisten¹⁵. Apple – dessen Außenkommunikation bisher Privatsphärenfreundlichkeit und Sicherheit betonte – wird dafür kritisiert, zu wenig für die Abdich-

tung seiner Betriebssysteme – auch gegen *Pegasus* – zu tun¹⁶. Stattdessen werden – „*One more thing ...*“ – eigene Backdoors in den Betriebssystemen geöffnet; Apple begründet das damit, Kindesmissbrauch aufzudecken¹⁷. Dafür soll Künstliche Intelligenz eingesetzt werden. Backdoors und Techniken zur Inhaltserkennung können bekanntlich immer auch für ursprünglich nicht intendierte Zwecke und Inhalte genutzt werden, beispielsweise durch autoritäre Regimes, um missliebige politische Inhalte zu finden. Zunächst soll die Technik in den USA eingeführt werden; vor der Ausweitung auf andere Länder seien noch juristische Fragen zu klären¹⁸. Nach heftigen Protesten hat Apple nun erst einmal erklärt, vorläufig auf die Einführung verzichten zu wollen.

Die Bundestagswahl muss die Weichen richtig stellen: den Klimawandel verlangsamen oder stoppen die fortdauernde Pandemie angemessen bekämpfen, militärische Abenteuer beenden. Und wir brauchen eine bessere gesetzliche Absicherung gegen die ausufernde Überwachung. Eine konsequente und – vor allem – wirksame Umsetzung des einst vom Bundesverfassungsgericht proklamierten, aber offenbar gerade völlig vernachlässigten Grundrechts auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme¹⁹.

Im besten Sinne: Gesellschaftlicher Fortschritt, keine gefährlichen Experimente!

Mit Fliffigen Grüßen
Stefan Hügel

Anmerkungen

- 1 Eine allgemeinverständliche Einführung, was exponentielle Wachstumsprozesse bedeuten und wo sie auftreten, bietet Christian Stöcker (2020) *Das Experiment sind wir*, München: Blessing. Vereinfacht ausgedrückt: Wer exponentielle Wachstumsprozesse nicht versteht, versteht nicht, wie sich die Welt und die Gesellschaft heute entwickeln.
- 2 <https://www.fr.de/sport/fussball/em-2021-england-gegen-deutschland-unverantwortliche-zuschauerpolitik-der-uefa-90832272.html>
- 3 <https://www.ipcc.ch/report/sixth-assessment-report-working-group-i/>
- 4 Helene Bubrowski (2021) „Wer des Klima schützt, schützt die Freiheit“, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/habeck-wer-das-klima-schuetzt-schuetzt-die-freiheit-17385954.html>
- 5 <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/baerbock-lebenslauf-101.html>
- 6 <https://www.tagesschau.de/inland/baerbock-bundestag-nebeneinkuenfte-101.html>
- 7 <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/plagiat-urheber-fakten-101.html>
- 8 https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Korruptionsaffären_um_Politiker_in_der_Bundesrepublik_Deutschland
- 9 Klar, war keine Absicht: <https://www.insm.de/insm/presse/pressemeldungen/erklaerung-der-initiative-neue-soziale-marktwirtschaft>
- 10 Tweet gelöscht. Sicherungskopie unter https://twitter.com/syt_tkmk/status/1404887622279958538
- 11 <https://twitter.com/PaulZiemiak/status/1404885987273195528>
- 12 Die Menschen immer wieder überzeugen. Gespräch mit Carolin Emcke und Christoph Möllers, in: *Schwarzrotgold*. Das Magazin der Bundesregierung, 2/2021. An dieser Stelle vielleicht bemerkenswert, dass auffällig Werbung für dieses Regierungsblättchen auf einer Seite geschaltet wurde, auf der massiv gegen Annalena Baerbock gehetzt wird. *Honi soit qui mal y pense*.

- 13 vgl. Christoph Bruch (2020) #saveyourInternet gegen Zensur. Neues Urheberrecht der Europäischen Union gefährdet die Meinungsfreiheit, Grundrechte-Report 2020
- 14 <https://www.heise.de/news/Spyware-Neue-Ueberwachungsvoruerfe-gegen-israelischen-Software-Anbieter-NSO-6141286.html>
- 15 <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-07/spionage-software-pegasus-cyberwaffe-ueberwachung-menschenrechte-enthuellung>
- 16 <https://www.heise.de/news/Sicherheitsforscher-Apple-tut-nicht-genug-fuer-die-Sicherheit-seiner-Nutzer-6146740.html>
- 17 <https://www.spiegel.de/netzwelt/gadgets/apple-wird-iphones-nach-fotos-von-missbrauch-durchsuchen-a-3880c0a8-3daa-4d53-9340-4a938cc5e33b>
- 18 <https://www.spiegel.de/netzwelt/gadgets/durchsucht-apple-bald-alle-meine-iphone-fotos-a-1233c8d8-4935-4d34-8e37-688ddd8b1fc4>
- 19 https://de.wikipedia.org/wiki/Grundrecht_auf_Gewährleistung_der_Vertraulichkeit_und_Integrität_informationstechnischer_Systeme



Hans-Jörg Kreowski, Aaron Lye

Cyberpeace – für Frieden, Freiheit und eine lebenswerte Welt

Willkommen bei dieser neuen Rubrik, die ab jetzt regelmäßig in der Fiff-Kommunikation erscheinen soll, um von aktuellen Entwicklungen rund um das Thema Cyberpeace zu berichten.

Was Fachkreise schon lange vorher wussten, wurde durch die Enthüllungen von Edward Snowden im Jahre 2013 einer breiten Öffentlichkeit bekannt: Die Geheimdienste der Welt betreiben eine umfassende Überwachung aller elektronischen Kommunikationsmedien. Um darüber hinaus darauf aufmerksam zu machen, dass diese Medien und insbesondere das Internet von Anfang an und in wachsendem Maße für militärische Zwecke genutzt wurden und werden, hat das Fiff die Cyberpeace-Kampagne gestartet. Die Hauptforderungen sind: die Ächtung jeglicher Form von Cyberkrieg und ein demokratisch gestaltetes und demokratisch kontrolliertes Internet, das dem Frieden dient, nicht der Ausspähung und Kriegsführung. Nähere Informationen findet man auf der Kampagnen-Webseite <https://cyberpeace.fiff.de/Kampagne/Home/>.

Im Zuge der Kampagne sind Tausende Aufkleber mit der Cyberpeace-Taube verteilt, viele Vorträge gehalten, viele Publikationen entstanden und viele Veranstaltungen durchgeführt worden, von zweistündigen Cyberpeace-Cafés bis zu zweitägigen Cyberpeace-Foren. Sehenswert ist der Kurzfilm *Cyberpeace statt Cyberwar!* von Alexander Lehmann, der mit Hilfe der bridge-Stiftung finanziert werden konnte. Und die Cyberpeace-Taube ist inzwischen zum Fiff-Logo geworden. Die Cyberpeace-Kampagne ist eine Erfolgsgeschichte.

Die neue Rubrik ist gedacht für Ankündigungen, Berichte, kurze Texte und Stellungnahmen rund um das Thema Cyberpeace. Alle Leser:innen sind aufgerufen, die Rubrik für eigene Beiträge zu nutzen. Sie können jederzeit an uns geschickt werden: kreo@fiff.de und lye@fiff.de.

In dieser ersten Ausgabe folgen drei Mitteilungen: (1) KI zieht in den Krieg, (2) Eurodrohne und FCAS, (3) Kampagne Heimatland Erde sowie (4) The Pegasus Project.

(1) Künstliche Intelligenz zieht in den Krieg – Aufruf zur Einreichung von Beiträgen

In ihrer KI-Strategie von 2018 verkündet die Bundesregierung, dass sie Künstliche Intelligenz umfassend fördern will, damit in nahezu allen Bereichen von Staat und Wirtschaft durch KI-Anwendungen große Fortschritte erzielt werden können. Mehrfach wird betont, dass die Nutzung von KI verantwortungsvoll und am Gemeinwohl orientiert erfolgen soll. Anwendungen im militärischen Bereich werden nur am Rande vermischt mit Fra-

Auf der Fiff-Klausurtagung Ende März diesen Jahres haben die Teilnehmenden verabredet, der Kampagne neuen Schwung und noch mehr Sichtbarkeit zu verleihen. Als ein wesentliches Element ist dabei an eine thematische Ausweitung gedacht: über Cyberpeace als Gegenkonzept zu Cyberkrieg hinaus. In gewisser Weise kann man Cyberpeace auch als Synonym für Fiff verstehen, denn „Cyber“ deckt alles ab, was mit Informatik und Information- und Kommunikationstechnik zu tun hat, und „Peace“ steht ja ohnehin für Frieden, womit nicht nur Abwesenheit von Krieg gemeint ist, sondern auch Abwesenheit von Unterdrückung und prekären Lebensverhältnissen. Die Cyberpeace-Kampagne richtet sich dementsprechend gegen alle Militär- und Waffensysteme, die auf Informations- und Kommunikationstechnologie basieren, gegen die Einschränkung von Grund- und Menschenrechten durch Überwachungssysteme und gegen die Zerstörung von Natur und Umwelt, an der auch der Einsatz von Technik einen gehörigen Anteil hat. Positiv ausgedrückt: geht es darum, wie die Methoden und Technologien der Informatik genutzt werden können, um friedliche, freiheitliche und faire Lebensbedingungen für alle Menschen auf der Grundlage eines nachhaltigen Wirtschaftssystems zu schaffen – eine lebenswerte Welt.

